

Hannes Stockert, AUF Herten

Stichpunkte Kommunalfinanzen, kommunale Auswirkungen der Politik der neuen Bundesregierung, Unterkunftskosten SGB II:

(Stand: 26.01.10 – 16.45 Uhr)

Zahlen/Daten/Fakten:

Kassenkredite/Zinsen:

- Kurzfristige Kassenkredite der Kommunen von inzwischen 33,8 Mrd. Euro (DStGB, Bilanz 2009 – Ausblick 2010). Haben sich innerhalb von 10 Jahren verfünffacht. Davon alleine in den ersten 6 Monaten 2009 +2,8% (DStGB, Resolution, 01.12.2009) und in den ersten 9 Monaten +3,9 Mrd. Euro (DStGB, Bilanz 2009 – Ausblick 2010).
- Anteil der Kassenkredite an der Gesamtverschuldung der Kommunen 41% (DStGB, Resolution, 01.12.2009), Anteil der Kassenkredite an der Gesamtverschuldung der Kommunen 31% (DStGB, Bilanz 2009 – Ausblick 2010)
- Derzeitige Zinszahlungen für Kredite der gesamten Staatsverschuldung in Höhe von jährlich 70 Mrd. Euro. (DStGB, Bilanz 2009 – Ausblick 2010)
- Alleine die Revierkommunen haben eine derzeitige Zinslast von 350 Mio. Euro. Die Kassenkredite der Revierkommunen sind auf 10 Mrd. Euro gestiegen. (NRZ, 19.12.09 und Hertener Allgemeine und WAZ, 15.01.10 – nach Kommunalfinanzbericht Ruhrgebiet 2009). In den ersten sechs Monaten des letzten Jahres haben die kommunalen Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen um 19,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugelegt. (Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009, Vorschläge)
- Verschiedene Szenarien über die weitere Entwicklung prognostizieren ein mögliches Anwachsen der Kassenkredite aller nordrhein-westfälischen Kommunen von 17,5 Milliarden € Ende 2009 auf bis zu 35 Milliarden € im Jahr 2015. Die in diesen Szenarien angenommenen Werte wurden jedoch schon im 1.Halbjahr negativ übertroffen! (Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009, Vorschläge)
- Auf die Aktionsbündnis-Städte „Raus aus den Schulden“ (Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal) entfallen inzwischen insgesamt 32,9% der bundesweit aufgenommenen kommunalen Kassenkredite, wobei sie nur 5,9% der Einwohner in den Flächenländern repräsentieren. (Pressemitteilung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009)
- In den kreisfreien Städten dieses Arbeitskreises nahmen die Kassenkredite im Jahr 2008 um 803,5 Millionen Euro zu. (Anlage zur Pressemitteilung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009)
- Auf Nordrhein-Westfalen entfallen 50,6% des bundesweiten Kassenkreditvolumens. (Anlage zur Pressemitteilung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009)
- Derzeit liegen die Zinssätze für Kassenkredite bei ca. 0,8%, sie können aber jederzeit auf über 4% ansteigen, was die Zinslast regelrecht explodieren lassen würde. (Hertener Allgemeine, 15.01.10 – nach Kommunalfinanzbericht Ruhrgebiet 2009)

Haushaltslage/Haushaltsdefizit:

- Von Januar – September 2009 haben die Kommunen 6,7 Mrd. Euro mehr ausgegeben, als eingenommen. Januar – September 2008 gab es noch einen Überschuss von 5,6 Mrd. Euro (FAZ, 04.01.10) – Zwischen Einnahmen und Ausgaben klappte zukünftig ein Loch von jährlich ca. 12 Mrd. Euro, bis 2013 wird ein Fehlbetrag von fast 50 Mrd. Euro auflaufen (Hertener Allgemeine und WAZ, 05.01.10, Präsident des DstGB)
- Das übertrifft die 8,4 Mrd. Euro im Jahr 2003 – der bisher schwersten kommunalen Finanzkrise (Deutscher Städtetag, Mitteilungen 9-09)
- Seit 2001 beträgt das Haushaltsdefizit der Kommunen im Ruhrgebiet und des Bergischen Landes rund eine Milliarde Euro pro Jahr (Stand: 30.06.2009) (Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009, Vorschläge)
- Nothaushalte: mehr als die Hälfte der Kommunen in NRW. (Rheinische Post, 29.12.09 Interview mit Guntram Schneider, DGB) Nur 4 der ca. 400 Kommunen in NRW können einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen (Städtetag, Hertener Allgemeine, 07.01.10)
- *„70% der Städte in Deutschland sind so hoch verschuldet, dass sie längst nicht mehr im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung agieren können“.* (Petra Roth, Vorsitzende Deutscher Städtetag, FR-Interview, 07.11.09)

Kommunale Steuern:

- Gewerbesteuer-Einbruch für 2009 (bisher 41 Mrd. Euro brutto) erwartet von -7,4 Mrd. Euro d.h. -18%. Das sind 1,4 Mrd. Euro mehr als bei der Steuerschätzung im Mai 2009 (Deutscher Städtetag, Mitteilungen 9-09)
- Insgesamt wird mit den von der Bundesregierung geplanten „Steuerentlastungen“ um 24 Mrd. Euro bei den Kommunen mit Steuerausfällen von ca. 3,6 Mrd. Euro gerechnet. Davon entfallen 1,2 Mrd. Euro auf das steuerliche Sofortprogramm und 2,4 Mrd. Euro auf die ab 2011 in Aussicht gestellten Entlastungen bei der Einkommenssteuer. (Deutscher Städtetag, Mitteilungen 9-09)
- Bei der Schätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung im Herbst 2009 wurde ein Minus von 6,6% auf 524,1 Mrd. Euro Steuereinnahmen prognostiziert. Für 2010 erwartete er damals auch für 2010 einen Gesamt-Rückgang von 2,4% auf 511,5 Mrd. Euro. Die umfangreichsten Steuern bleiben 2009 die Umsatzsteuer mit 176,8 Mrd. Euro (+0,4%) und die Lohnsteuer (-6,6%). (faz.net) Diese Steuern werden auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt (siehe auch weiter unten zu kommunale Auswirkung Koalitionsvereinbarung). Alleine die Gewerbesteuer, die am meisten von allen eingebrochen ist, fließt v.a. den Kommunen zu. D.h. die Hauptlast des anteilmäßigen Rückgangs der Steuern tragen die Kommunen.

Investitionen:

- Konjunkturpaket II wird vom Deutschen Städtetag gelobt: 2009 erwartete Zuwachs an Investitionen von 5%, Von Bund und Ländern erhielten die Kommunen 13,3 Mrd. Euro, v.a. für Schulen, KiTas, und Krankenhäuser (NRZ, 30.12.09), Die kommunalen Investitionen fielen seit 1992 von 6,4 Mrd. Euro auf 2,9 Mrd. Euro zurück (NRZ, 05.01.10)
- Die kommunalen Investitionen tragen rund zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen in Deutschland. Der kommunale Investitionsbedarf wird vom Deutschen Institut für Urbanistik für die Jahre 2006 bis 2030 auf insgesamt 704 Mrd. Euro beziffert!! (DStGB, Bilanz 2009 – Ausblick 2010)

Sozialausgaben:

- Sozialausgaben der Kommunen: erstmals rund 40 Mrd. Euro, beinahe doppelt soviel wie nach der Wiedervereinigung. (Deutscher Städtetag, Mitteilungen 9-09)
Sozialausgaben in 2004 rund 30 Mrd. Euro (WDR5, Interview mit Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer DStGB, 04.01.2010)
- Pro Kopf wurden 2008 in den NRW-Kommunen 626 Euro für soziale Leistungen aufgewendet, bei den westdeutschen Kommunen insgesamt 513 Euro pro Einwohner. (Gemeindefinanzbericht des Städtetages NRW, Vorsitzender Norbert Bude, 23.11.09)
- Der Bundesfinanzierungsanteil bei den Kosten der Unterkunft und Heizung wird weiter abgesenkt von 29,2% in 2008, auf 26,9% in 2009 auf 23,6% in 2010. Die Gesamtausgaben dafür betragen im Moment ca. 14 Mrd. Euro pro Jahr. Gerechnet wird mit einer Steigerung auf 16 Mrd. Euro in 2010. Aufgrund einer nicht auf die tatsächlich entstehenden Kosten sondern lediglich auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ausgelegten Anpassungsformel sinkt dagegen der Bundesanteil immer weiter. Es wird mit einer Steigerung der Netto-Belastung für Kommunen von derzeit 10 Mrd. Euro auf mindestens 12 Mrd. Euro in 2010 gerechnet. (Deutscher Städtetag, Mitteilungen 9-09), Steigerung der Unterkunftskosten der NRW-Kommunen seit 2005 von 2,0 auf 2,6 Mrd. Euro, während gleichzeitig der Bundesanteil von ca. 5 Mrd. Euro auf 3,7 Mrd. Euro sinkt.
- Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt Ende 2008 für ca. 768.000 Menschen, ein Plus von 4,8% gegenüber 2007. Ausgaben von 3,8 Mrd. Euro, +6%. Seit Einführung damit nahezu verdreifacht. (Deutscher Städtetag, Mitteilungen 9-09)
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt – 325.000 Menschen Ende 2008, +4% - Ausgaben der Kommunen 888 Mio. Euro, +16,1% (Deutscher Städtetag, Mitteilungen 9-09)
- Absolut gesehen gab es für die Städte im Ruhrgebiet und des Bergischen Landes eine Mehrbelastung von 671,8 Mio. Euro bei den reinen Sozialausgaben. (Anlage zur Pressemitteilung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009)

Tarife/kommunale Beschäftigte:

- Tarifierhöhungen der kommunalen Beschäftigten in den letzten 10 Jahren von ca. 17%, unterdurchschnittlich (21,4%) (Hertener Allgemeine, 05.01.10)
- Die Bezirksregierung Münster hat in den vergangenen zwei Jahren den Personalabbau drastisch vorangetrieben und fast jeden vierten Arbeitsplatz gestrichen. (Hertener Allgemeine, 09.01.10)

Sonstige zusätzliche Belastungen:

- Sanierung/Stützung der WestLB: Über den Landschaftsverband hunderte Millionen Euro und über die Sparkassen, die beide an der WestLB beteiligt sind. Im „günstigsten Fall“ würde dies nur die Streichung der Spenden und Unterstützungen für Vereine und Verbände bedeuten. (WAZ, 06.01.10)

Modelle:

- In einem Positionspapier des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ von 19 Städten aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land wird die Einführung einer „**Entschuldungsabgabe**“ **aller Bürger** durch Erhöhung der Grundsteuer B angeregt

(betrifft nicht nur Haus- und Grundbesitzer, sondern auch höhere Nebenkosten bei den Mieten) (NRZ, 19.12.09)

- NRW-Städte fordern einen „**Entschuldungsfonds**“ der Landesregierung in Höhe von 800 Mio. Euro. (NRZ, 19.12.09)
- Guntram Schneider, DGB-NRW-Vorsitzender, fordert, dass die NRW-Bank für einen bestimmten Zeitraum die **Zinsen der NRW-Kommunen übernimmt** – ca. 2-3 Mrd. Euro (Rheinische Post, 29.12.09 Interview mit Guntram Schneider, DGB)
- Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer DStGB, befürwortet die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, die **Kosten für Hartz IV zu pauschalisieren**, um damit „endlos Bürokratie (einzu)sparen“ wie z.B. die derzeit 175.000 Gerichtsverfahren gegen Hartz IV-Bescheide (WDR5, Interview, 04.01.2010)
- Düsseldorfs Regierungspräsident Jürgen Büssow fordert und erklärt im WAZ-Interview am 04.01.10:
 - Schon durch **Kooperation** ließe sich viel einsparen.
 - Wir sehen in den inneren Verwaltungen **Personalüberhang**. Jede Stadt sollte feststellen, wo sie überdimensioniert ist, zum Beispiel im Bäderbereich.
 - Da können sie ja gleich ganze Städte zusammenlegen? Warum nicht ...
 - Man muss sich stärker verflechten. Kosten sparen ließe sich auch durch ein **Personaleinsatzmanagement, eine Art Task Force**, die dort eingreift, wo Not am Mann ist.
- Der Bund der Steuerzahler rät den Städten, durchaus ihr sogenanntes **Tafelsilber zu verkaufen**. (WAZ, 05.01.10)
- Die NRW-SPD schlägt eine Halbierung des **Gemeindeanteils beim Solidarpakt** von rund 45% auf 23% vor. (Hertener Allgemeine, 07.01.10)

Zitate:

- „In der Vergangenheit hätten vor Ort getroffene kommunalpolitische Fehlentscheidungen gegenüber dem riesigen Schuldenberg aufgrund Bundes- und landespolitischer Gesetze und Vorschriften zulasten der Kommunen in der Gesamtheit nur untergeordnete Bedeutung.“ (Einschätzung des Finanzwissenschaftlers Professor Martin Junkernheinrich, laut Pressemitteilung des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“, 18.12.2009)
- „aber diese **Steuerentlastungen** bringen nichts, wenn auf der anderen Seite die Infrastruktur schlechter wird, die Kommunen gezwungen sind, Leistungen einzuschränken, Gebühren zu erhöhen und Investitionen zurückzufahren. Und genau das wird die Folge sein, wenn das so weitergeht.“ (WDR5, Interview mit Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer DStGB, 04.01.2010)
- Düsseldorfs Regierungspräsident Jürgen Büssow im WAZ-Interview am 04.01.10:
 - Die Bürger, die nur 15 oder 20 Euro zahlen wissen das (die Bezuschussung der Theater) nicht, haben deshalb **keinerlei Kostenbewusstsein**“
 - Natürlich sehen wir, dass das Konnexitätsprinzip verletzt wurde und mancherorts die Einnahmen nicht einmal für die Erfüllung der Pflichtaufgaben reichen (...) Trotzdem führt kein Weg an einem **harten Sparkurs** vorbei. (...) Aber ich versichere Ihnen: Für die Städte wird es ein harter Weg.
- Innerhalb von nur zwölf Monaten musste Oberhausen ein Minus von hundert Millionen Euro hinnehmen. Dagegen kann keine Kommune ansparen (...) Hätte Oberhausen

2008 auf einen Schlag **sämtliche Beschäftigte der Stadt entlassen**, wäre der Haushalt ausgeglichen gewesen. Die Stadt hätte aber nicht eine einzige Pflichtaufgabe erledigt.“ (Oberhausens Kämmerer Suhr, WAZ, 05.01.10)

- Mülheims Oberbürgermeisterin warnt vor **sozialen Unruhen, als „letzte Konsequenz“** aus der Finanzmisere der Kommunen. Der soziale Zusammenhalt sei gefährdet, wenn weiter gestrichen und gekürzt werden würde. Sie fordert damit erneut staatliche Hilfen ein. (WAZ 07.01.10)

Städtetags-Vizepräsident Uhde, warnt: „Eine stärkere Besteuerung von Leistungen der Daseinsvorsorge würde die Bürgerinnen und Bürger **über höhere Gebühren belasten und auf ihren Widerstand stossen**. (Deutscher Städtetag – Mitteilungen 9/09, eigene Hervorhebung)

- Die Politik hat über Jahrzehnte den Bürger daran gewöhnt, dass er immer mehr und bessere Leistungen vom Staat erhält und niemand hat gefragt, woher das Geld dafür kommt. Das Bewusstsein, dass der Staat nur das Geld verteilen kann, das er vorher den Bürgern abgenommen hat, ist verkümmert. Notwendig sind mehr **Eigenverantwortung und Eigenvorsorge**. (DStGB, Bilanz 2009 – Ausblick 2010)
- Die **Pflegeversicherung** wird sich immer mehr zu einem Sprengsatz für die kommunalen Haushalte entwickeln (DStGB, Bilanz 2009 – Ausblick 2010)
- Wittke/CDU hält die **Sparpotentiale „vielfach noch nicht ausgereizt“**. Kommunalpolitiker müssen den „**Mut haben, auch Schulen und Kindertagesstätten zu schließen**“ (NRZ, 07.12.10)

Zitate/Stellungnahmen OB Baranowski:

- Auf dem Neujahrsempfang der Stadt beteuerte Baranowski nochmals, dass er nicht bereit sei für das „**Kaputtsparen**“ und dass er in der „**Kultur eine Pflichtaufgabe für Städte und Gemeinden**“ sehe. Angesichts des zu erwartenden Haushaltsdefizits dürfe nicht alles dem Rotstift zum Opfer fallen. Das gelte nicht nur für die Kultur: „**Bei den kommunalen Investitionen darf es keine Vollbremsung geben**“. Stadtentwicklung, Bildung und Betreuung müssten weiter gefördert werden. ... „**Wir wollen der Abwärtsspirale widerstehen. Wir werden nicht aufhören, die Zukunft zu gestalten, nur weil die Kassenlage nicht stimmt.**“
- Die WAZ meldet, dass heute die **Tarifverhandlungen zwischen Verdi und Öffentl. Arbeitgeber von Bund und Kommunen** beginnen. Baranowski sieht sich in einem „Dilemma“, denn die Verdi-Forderung von 5 % hieße ein Plus von 800.000 Euro an Personalkosten für die Kernverwaltung mit 3.300 Beschäftigten und insgesamt ein Mehr von 1,2 Mio. Euro, wenn die Eigenbetriebe (insgesamt dann 5.700 Beschäftigte) dazu kommen. Von „Drohgebärden“ halte er nicht viel, auch bei Neueinstellungen sei die Stadt schon „sehr zurückhaltend“.

Bisher absehbare kommunale Auswirkungen durch die neue Bundesregierung

- Insgesamt wird mit den von der Bundesregierung geplanten „Steuerentlastungen“ um 24 Mrd. Euro bei den **Kommunen mit Steuerausfällen von ca. 3,6 Mrd. Euro gerechnet**. Davon entfallen 1,2 Mrd. Euro auf das steuerliche Sofortprogramm und 2,4 Mrd. Euro auf die ab 2011 in Aussicht gestellten Entlastungen bei der Einkommenssteuer.
- Noch überhaupt nicht berücksichtigt ist hier die **anvisierte Abschaffung der Gewerbesteuer und ihren Ersatz durch einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer**, wo von Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB mit einem **weiteren Steuerausfall der Kommunen von ca. 1 Mrd. Euro** gerechnet wird. Die FDP hatte den Vorschlag, den Kommunen auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer in ihrem jeweiligen Bereich das Zuschlagsrecht zu erteilen und sie bei der Mehrwertsteuer von derzeit 2% auf 12%-Anteil zu beteiligen. Begründet wird diese Änderung ausgerechnet mit den Schwankungen der Gewerbesteuer (z.B. durch nachträgliche Rückzahlungen) und um eine Verstärkung der kommunalen Steuereinnahmen zu erreichen. Tatsächlich wird damit jedoch ein weiterer Schritt zur **Reduzierung der Unternehmersteuern und ihre Abwälzung, insbesondere auf Massensteuern vorangetrieben**.

Die Kommunen erhalten derzeit 15% Einkommensteuer-Anteile. Wenn die Kommunen einen höheren Anteil aus der Einkommenssteuer erhalten sollen, wo wird der bisherige Anteil gekürzt? Oder die Einkommenssteuern müssen dann wieder erhöht werden, um die jeweiligen Anteile bei der Verteilung zu halten.

Zudem auch noch die Zuweisungen der Länder an die Kommunen weiter sinken werden, weil die Länder ebenfalls Steuerausfälle haben werden. Nach Verdi sind die Länder zu ca. 40% und die Kommunen zu ca. 10% von den geplanten Steuersenkungen betroffen.

Schon jetzt mussten die **Kommunen im ersten Halbjahr 2009 den Rekordwert von 32,6 Mrd. Euro an Kassenkrediten** aufnehmen, um überhaupt die notwendigsten Ausgaben zu bewältigen. Laut Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB werden die Kommunen **unabhängig von den angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung in 2009 ein Minus von elf Milliarden Euro** machen. So brachen z.B. im ersten Halbjahr 2009 die Gewerbesteuererinnahmen um bundesweit durchschnittlich 15% ein.

- Eine von der Bundesregierung noch einzurichtende **Kommission zur Zukunft der Gemeindefinanzen** soll sich bisher nur einseitig mit den kommunalen Steuereinnahmen beschäftigen. Ausgeblendet wird dabei der Gesamtzusammenhang zwischen ständig steigenden kommunalen Ausgaben und ständigem Sinken der kommunalen Einnahmen. Dadurch kommen nur Verschiebungsvorschläge der Besteuerung heraus, während das Grundproblem der sich vertiefenden Krise der Kommunalfinanzen außen vor bleiben soll.
- Zwar enthält der Koalitionsvertrag – nach sofortigen Protesten – jetzt nicht mehr eine allgemeine steuerliche Gleichsetzung kommunaler Betriebe der Daseinsvorsorge mit privaten Betrieben. Jedoch ist unmittelbar geplant, dass kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe (wozu auch die Abwasserentsorgung gehört) mit der Mehrwertsteuer belastet werden. Das wird eine Erhöhung der Müllgebühren zur Folge haben.

Die festgelegte Grundrichtung „**Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter insbesondere bei der Umsatzsteuer**“ wird entweder auf eine höhere Besteuerung kommunaler Betriebe oder eine weitere Absenkung der Unternehmersteuern auf das Niveau kommunaler Betriebe hinauslaufen (nur dies könnte sich z.B. der Deutsche Städtetag vorstellen und leistet damit der weiteren Absenkung von Unternehmersteuern Schützenhilfe)!

- Die Koalitionsvereinbarung enthält auch – wie auch schon die Vorgabe der NRW-Landesregierung - die Vorgabe, dass staatliche Aufgaben und öffentlichen Zwecke dienende wirtschaftliche Tätigkeiten „*bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit mit Hilfe des privaten Anbieters*“ umgesetzt werden müsste. Damit wird **bundesweit die Privatisierung kommunaler Bereiche der Daseinsvorsorge und ihre stärkere Einbindung und Ausrichtung auf die Profitmaximierung von Konzernen forciert, während die Kommunen, aber auch Bund und Länder die dafür entsprechende Infrastruktur garantieren sollen.**

Dementsprechend wurde jetzt auch schon im öffentlichen Personennahverkehr ein **Vorrang sogenannter kommerzieller Verkehre** festgelegt. Das kommt z.B. für den Deutschen Städtetag einer faktischen Enteignung kommunaler Verkehrsunternehmen gleich und verstößt sogar gegen europäisches Primärrecht (Beihilferecht). Hinzu kommt eine erhebliche Erschwernis der planerischen Verkehrsgestaltung durch die Kommunen selbst.

- Es soll keine Verfassungsänderung mit dem Ziel der Absicherung der derzeitigen Arbeitsgemeinschaften geben. Damit wird die strikte Trennung zwischen Arbeitsagenturen und Kommunen (entsprechend dem BVG-Urteil) und damit v.a. zwischen der Betreuung von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen forciert. Die **Grundrichtung ist, Langzeitarbeitslose/Hilfempfänger in Verantwortung der Kommunen aufs ständige Abstellgleis zu schieben.** Für die Arbeitslosen/Langzeitarbeitslosen würde dies bedeuten, dass es zukünftig getrennte Bescheide, getrennte Ansprechpartner, wechselnde Einrichtungen und für die Kommunen einen erheblichen Mehraufwand gibt. Zudem auch die Vermittlung und „Akquisierung“ offener Stellen in 2 unterschiedliche Bereiche aufgetrennt und der kommunale Einfluss auf die lokale Arbeitsmarktpolitik mehr oder weniger beschnitten wird.

Betroffen davon sind ca. 7 Millionen Menschen, die SGB II – Zahlungen erhalten und ca. 70.000 Beschäftigte in den Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Trägern.

Was unter „*attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit*“ von der Bundesagentur für Arbeit an die Kommunen zu verstehen ist, was diese beinhalten sollen, ist völlig offen.

In dem Zusammenhang steht auch, dass eine Änderung bzw. Verbesserung der Eingliederungshilfe – wo u.a. ein Großteil der Menschen mit Behinderungen von betroffen ist – und ihre Wechselwirkung mit anderen Sozialleistungen bisher keine Erwähnung findet. Der Deutsche Städtetag befürchtet, dass damit auch die **Fallzahlen- und Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe nicht mehr beherrschbar** sein wird.

- Der **Bundesfinanzierungsanteil bei den Kosten der Unterkunft und Heizung wird weiter abgesenkt.** Die Gesamtausgaben dafür betragen im Moment ca. 14 Mrd. Euro pro Jahr. Gerechnet wird mit einer Steigerung auf 16 Mrd. Euro in 2010. Aufgrund einer nicht auf die tatsächlich entstehenden Kosten sondern lediglich auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ausgelegten Anpassungsformell sinkt dagegen der Bundesanteil immer weiter. Es wird mit einer **Steigerung der Netto-Belastung für**

Kommunen von derzeit 10 Mrd. Euro auf mindestens 12 Mrd. Euro in 2010 gerechnet.

Die gesamten Sozialausgaben der Kommunen werden dieses Jahr voraussichtlich ein Volumen von 40 Mrd. Euro erreichen, was ein Anstieg um 80% seit 1992, also innerhalb von 17 Jahren bedeutet.

- **Ernsthaft gefährdet ist der Ausbau der Kinderbetreuung im vorgesehenen Umfang auf 750.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige (Quote von 35%) und einen Rechtsanspruch auf Betreuung bis 2013.** Zum einen gibt es in den Städten einen teilweise viel höheren Bedarf (nach einer Umfrage im Oktober sogar 66% - aus Interview mit Gerd Landsberg, 29.10.09) und die bisherige Kostenschätzung für diesen Ausbau ist bei der damaligen Einführung des Rechtsanspruches gar nicht berücksichtigt worden und bisher auch nicht geklärt. Die bisher vom Bund veranschlagte Summe von 12 Mrd. Euro sind noch nicht voll finanziert. **Die Kommunen bleiben mehr oder weniger auf der Absicherung dieses Anspruches sitzen** und der Bund zahlt bisher nur einen Anteil von 4 Mrd. Euro.
- Die **Mehrheit der Punkte, die auch die Kommunen betreffen, sind noch überhaupt nicht klar geregelt. Der Koalitionsvertrag hält viele Fragen offen** durch Einrichtung von Prüfungskommissionen, der Absicht z.B. eine Verbesserung der Beteiligung der Kommunen an der Bundesgesetzgebung, sowie Fragen des Konnexitätsprinzips lediglich zu erörtern, usw.

Zitate:

Die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Steuerentlastungen (...) würden für die öffentlichen Haushalte Mindereinnahmen in Milliardenhöhe bedeuten.

Zahlreiche offene Formulierungen im Koalitionsvertrag lassen zum jetzigen Zeitpunkt eine abschließende Bewertung über die Kommunalfreundlichkeit der betreffenden Regelungen nicht zu. Sie bedürfen der Konkretisierung im Gesetzgebungsverfahren.

(Hauptausschuss Deutscher Städtetag, 05.11.2009)

Forderungen nach einer Schwächung oder gar Abschaffung der Gewerbesteuer werden auf den entschiedenen Widerstand der deutschen Städte stoßen.

(Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung)

Die Finanzlage vieler Städte ist bereits jetzt verheerend und wird sich im kommenden Jahr noch weiter verdunkeln. Die aktuelle Steuerschätzung macht die ganze Dramatik der Einnahmeverluste deutlich, die noch größer sind als bisher befürchtet. (Petra Roth, Oberbürgermeisterin Frankfurt und Präsidentin des Deutschen Städtetags)

*Eine stärkere Besteuerung von Leistungen der Daseinsvorsorge würde die Bürgerinnen und Bürger **über höhere Gebühren belasten und auf ihren Widerstand stossen.*** (Städtetags-Vizepräsident Uhde, eigene Hervorhebung)

Die öffentlichen Haushalte sind auch ohne die Pläne der Koalition in einer dramatischen Lage. Allein die Kommunen werden unabhängig von den angekündigten Maßnahmen ein Minus von elf Milliarden Euro machen. So groß ist die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. (Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer DStGB, 29.10.2009)

Die Kommunen befinden sich aufgrund der wegbrechenden Einnahmen und steigenden Ausgaben in der schwierigen Situation, dass alle Aufgaben auf den Prüfstand müssen. Kürzungen werden unvermeidlich sein. (Pressemitteilung des DStGB, 27.10.09)

Entwicklung der Auseinandersetzung um die Kosten der Unterkunft

Hannes Stockert, AUF Herten - Stand: 15.12.2009

- Der Bundestag hat am 04. Dezember den Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (Drucksache 17/41) unverändert angenommen.
D.h. mit der Absenkung des Bundesanteils an den Kosten für Unterkunft und Heizung von zurzeit 25,4 Prozent auf bundesdurchschnittlich 23,6 Prozent in 2010.
- Dabei wird sich auf die Berechnungsformel bezogen, die die Zahl der erfassten Bedarfsgemeinschaften zur Grundlage macht. Diese sind um 4,3% gesunken. Die tatsächlich entstehenden Kosten für Unterkunft und Heizung sind jedoch gestiegen (von 2007 bis 2009 von 13,6 Mrd. Euro auf 14,2 Mrd. Euro) und steigen weiter (erwartet werden für 2010 15,8 Mrd. Euro).
D.h., dass die in 2010 entstehende Steigerung um 1,6 Mrd. Euro komplett von den Kommunen getragen werden müssten. Damit wird selbst das gesetzlich festgelegte Ziel einer Entlastung der Kommunen um 2,5 Mrd. Euro ausgehebelt.
- Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung müsste inzwischen (laut Bundesrat) eine Bundesbeteiligung von 35,9 % und damit deutlich mehr als die derzeitige Quote gezahlt werden.
- Der Bundesrat lehnt bisher die Absenkung des Bundesanteils ab und fordert eine Ausrichtung der Anpassungsformel an den tatsächlichen Unterkunfts-kosten. NRW hat zum Beispiel bisher auch das Vierte und Fünfte Gesetz zur Änderung des Zweiten Sozialgesetzbuches stets abgelehnt!
- Der Bundesrat trifft sich am Freitag, 18.12.2009 und berät darüber. Bisher ist vorgesehen bzw. wird vom Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik empfohlen, einen Vermittlungsausschuss einzuberufen mit dem Ziel, eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzes zu verlangen.